

achteten die Regeln für den Seidenhandel. Da diese Unternehmen nicht direkt mit Hongkonger Unternehmen in Kontakt treten konnten, wurden chinesische Firmen in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen dazu benutzt, den Weiterverkauf nach Hongkong zu organisieren.

Die lokalen Firmen erhielten für die Verkäufe sog. Verkaufskommissionen. Die Hongkonger Unternehmen erhielten die Seide zu einem wesentlich geringeren Preis als den, den sie auf legale Weise hätten zahlen müssen.

Die Untersuchungen begannen im März 1988, nachdem die Staatsanwaltschaft einen anonymen Brief über die Vorfälle erhielt. Die Staatsanwaltschaft verglich den Fall mit "dem Seidenfaden, den die Seidenwürmer produzieren, wenn sie ihre Kokons spinnen, d.h. fast endlos".

Der zunächst in dem anonymen Brief beschuldigte Manager wurde zu drei Jahren Gefängnis mit einer vierjährigen Bewährungszeit verurteilt. Dies sei eine leichte Strafe, so die Staatsanwaltschaft, weil das Geständnis die Untersuchungen erleichtert hätte.

Die Untersuchungen gehen weiter. Bislang wurden 300.000 Yuan und 29.000 HK\$ sichergestellt. (China Daily, 29.5.89) -lou-

Taiwan

***(25)**
Haushalt der Zentralregierung verabschiedet

Das Gesetzgebungs Yuan (Parlament) hat am 24. Mai den Haushalt der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1990 (Juli 1989 - Juni 1990) mit einer Kürzung der Ausgaben um 19,3 Mrd. NT\$ (z.Z. rd. 26 NT\$ = 1 US\$) oder 2,76% verabschiedet. (ZYRB, LHB und CP, 25.5.89) In dem von der Regierung vorgelegten Haushaltsplan wurden Gesamtausgaben in Höhe von 699,7 Mrd. NT\$ veranschlagt (siehe C.a. März 1989, S.173 f, Ü 32). Nach der Kürzung belaufen sich die Gesamtausgaben auf 680,4 Mrd. NT\$. Das im Regierungsentwurf vorgesehene Defizit in Höhe von 157,8 Mrd. NT\$ wurde um 57,7 Mrd. reduziert.

Von der Kürzung des Budgets ist das Verteidigungsministerium am stärksten betroffen. Im Vergleich zum Haushaltsentwurf bekommt das Verteidigungsministerium fast 1 Mrd. NT\$ weniger für seine Aufgaben.

Nach der Reduzierung des Haushaltsplans braucht die Regierung statt 100 Mrd. NT\$ nur noch 50 Mrd. Schulden in Form von öffentlichen Anleihen aufzunehmen; ein Teil des Defizits wurde durch Erhöhung der Einnahmen gedeckt. -ni-

***(26)**
16 politische Parteien registriert

Am 12. Mai hat das Innenministerium in Taipei der Minzhu-jinbu Dang (Democratic Progressive Party) eine Parteiurkunde erteilt. Damit wurde die größte Oppositionspartei von der Regierung offiziell legalisiert. (LHB und CP, 13.5.89)

Die Partei ist am 28. September 1986 gegründet worden. Zunächst betrachteten die Behörden sie zwar als eine "illegale" Organisation, aber sie wurde geduldet. Nachdem ein Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien am 20. Januar d.J. vom Gesetzgebungs Yuan (Parlament) verabschiedet worden war, verzögerte die Partei ihre Anmeldung, denn sie ist mit dem Gesetz nicht zufrieden.

Die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) hat am 10. Februar d.J. als erste Partei beim Innenministerium einen Antrag auf Registrierung gestellt. Gemäß dem Gesetz wurden bislang 16 Parteien offiziell registriert. Neben den zwei genannten großen Parteien handelt es sich um die folgenden 14 Splitterparteien: Young China Party, China Democratic Socialist Party, Labor Party, China Democratic Party, China Democratic Justice Party, China Republican Party, China United Party, China New Socialist Party, China Popular Party, China Chunggho Party, China Unification Party, Unification Democratic Party, China Loyal Virtue Party, Workers Party. (FCJ, 15.5.89) -ni-

***(27)**
Li Huan löste Yu Guohua als Ministerpräsident ab

Am 30. Mai wurde Li Huan (Lee Huan, 72) von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) zum Ministerpräsidenten

ernannt. Vor der Ernennung war er Generalsekretär der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD). Sein Vorgänger, Yu Guohua (Yu Kuo-hwa, 75) ist zurückgetreten. (LHB, ZYB und CP, 31.5.-2.6.89)

Seit Mai 1984 war Yu fünf Jahre lang Ministerpräsident. Während seiner Amtszeit hat es große politische Veränderungen in Taiwan gegeben, vor allem wurde der über 38 Jahre lang andauernde Ausnahmezustand Mitte Juli 1987 aufgehoben. Im letzten und in diesem Jahr wurden nacheinander die Verbote zur Gründung privater Zeitungen bzw. politischer Parteien aufgehoben. Seit November 1987 wird den Bürgern offiziell erlaubt, nahe Verwandte auf dem chinesischen Festland zu besuchen. Besonders in der letzten Zeit hat die Regierung die humanitären und kulturellen Verbindungen sowie den indirekten Handel beider chinesischen Seiten wesentlich erleichtert. Aber all diese Maßnahmen wurden nicht aufgrund von Yus Initiative ergriffen, sondern waren Entscheidungen des verstorbenen Präsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) bzw. des jetzigen Präsidenten Li Denghui. Grundsätzlich hat er eine konservative Einstellung. Menschlich wurde er zwar infolge seiner Jovialität und Ehrlichkeit allgemein respektiert, doch als Politiker hält man ihn eher für farblos oder sogar für ein Hindernis politischer Reformen. Bei den Wahlen zum Zentralen Exekutivkomitee auf dem 13. Parteitag der GMD, die im Unterschied zu früheren Zeiten demokratischer durchgeführt worden waren, hat Yu sehr schlecht abgeschnitten und stand nur an 35. Stelle der 180 Mitglieder nach dem Stimmresultat. Ferner war seine Popularität gemäß demoskopischen Umfragen immer sehr niedrig. Sowohl im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) als auch innerhalb der Regierungspartei wurde von liberalen und jungen Kräften häufig sein Rücktritt gefordert. Anfang Februar d.J. äußerte er schon seine Amtsmüdigkeit, doch glaubte man zuerst, daß er erst nach der Präsidentenwahl im kommenden Jahr sein Amt aufgeben würde. Daher war die Öffentlichkeit überrascht, als sein Rücktritt am 17. Mai durch die Medien bekanntgemacht wurde.

Als Begründung seiner Entscheidung zum Rücktritt erklärte Yu, daß er damit zur "Einheit der Partei" beitragen möchte. Ferner sagte er, daß die politische Lage unter der Führung des

neuen Präsidenten Li Denghui bereits stabil geworden sei und daß er jetzt den Zeitpunkt für seinen Rücktritt für gekommen halte. Er äußerte den Wunsch, die Regierungsgeschäfte an einen Nachfolger der jüngeren Generation überzugeben. (ZYRB, LHB und CP, 18.5.89) Da der neue Ministerpräsident Li Huan bis zu seiner Ernennung GMD-Generalsekretär war und vom Alter her gesehen zur gleichen Generation wie Yu gehört, ließ sich innerhalb der GMD ein gewisser innerer Machtkampf erkennen.

Im Unterschied zu Yu Guohua ist Li Huan ein reformfreundlicher und vollblutiger Politiker. Er war lange Zeit ein vertrauter Mitarbeiter von Jiang Jingguo. Schon in den 70er Jahren hat er sich als Leiter der Abteilung für Organisation der GMD für einen Kurs der politischen Liberalisierung und "Taiwanisierung" (Beförderung einheimischer Politiker jüngerer Generation) eingesetzt. Schließlich wurde er infolge der großen Stimmenverluste der GMD an die parteilose Opposition und aufgrund von großen Unruhen in der Stadt Zhongli bei den Wahlen 1977 für lange Zeit kaltgestellt. Erst 1984 wurde er zum Bildungsminister und 1987 zum Generalsekretär der GMD ernannt. Er wurde in der Stadt Hankou in der mittelchinesischen Provinz Hubei geboren und genießt dank seiner liberalen Einstellung einerseits und seines entscheidungsfreudigen und autoritären Führungsstils andererseits eine breite Unterstützung der Bevölkerung - Insulaner wie Festländer -, zumal von der jüngeren Generation. Man erwartet auch ein "starkes" Kabinett mit ihm als Ministerpräsidenten.

Li hat bei der Umbildung des Kabinetts die Ministerposten wenig verändert, die zum großen Teil erst im Juli des letzten Jahres umbesetzt worden waren. Es gibt nur zwei neue Gesichter unter den von ihm ernannten Ministern: Zhang Jianbang (Clement C.P. Chang, 60, einheimisch) und Zhang Jianhan (Chang Chien-han, 62, gebürtiger Festländer aus der Provinz Jiangsu) wurden zum Verkehrsminister bzw. Minister ohne Geschäftsbereich ernannt. Außerdem löste noch Wang Zhaoming (Wang Chou-ming, 69, gebürtiger Festländer aus der Provinz Fujian) Qian Chun (Robert Chun Chien) als Generalsekretär des Exekutiv Yuan ab. Verkehrsminister Guo Nanhong (Kuo Nan-hong, 52, einheimisch) erhielt einen neuen Posten als Minister ohne Geschäftsbereich. Aus dem Kabinett ausgeschieden sind zwei Minister ohne Geschäftsbereich, Gao Yushu (Henry Y.S. Kao) und Shen Junshan (Shen Chun-shan), beide sind parteilos.

In der GMD wurde Sung Chuyu (James C.Y. Soong, 47, gebürtiger Festländer aus der Provinz Hunan) zum amtierenden Generalsekretär ernannt, vorher war er stellvertretender Generalsekretär. Außerdem wurden Guan Zhong (John C.Kuan, 49, gebürtiger Festländer aus der Stadt Tianjin) und Zheng Shuizhi (Cheng Shui-chi, 63, einheimisch) neue stellvertretende Generalsekretäre.

Nachstehend die Mitglieder des neuen Kabinetts:

Ministerpräsident:

Li Huan (Lee Huan, 72, Hubei)

Stellvertretender Ministerpräsident:

Shi Qiyang (Shi Chi-yang, 54, Taiwan)

Minister ohne Geschäftsbereich:

Zhang Fengxu (Chang Feng-shu, 60, Taiwan), Zhou Hongtao (Chow Hong-tao, 72, Zhejiang), Qian Fu (Fredrick Chien, 54, Zhejiang), Wang Youzhao (Wang You-tsao, 63, Fujian), Huang Kunhui (Huang Kun-hui, 52, Taiwan), Guo Nanhong (Kuo Nanhong, 52, Taiwan).

Innenminister:

Xu Shuide (Hsu Shui-teh, 57, Taiwan)

Außenminister:

Lian Zhan (Lien Chan, 52, Taiwan)

Verteidigungsminister:

Zheng Weiyuan (Cheng Wei-yuan, 76, Anhui)

Finanzminister:

Frau Guo Wanrong (Shirley Kuo, 59, Taiwan)

Bildungsminister:

Mao Gaowen (Mao Kao-wen, 53, Zhejiang)

Justizminister:

Xiao Tianzan (Hsiao Tien-tzang, 54, Taiwan)

Wirtschaftsminister:

Chen Li'an (Chen Li-an, 51, Zhejiang)

Verkehrsminister:

Zhang Jianbang (Clement C.P. Chang, 60, Taiwan)

Vorsitzender des Komitees für mongolische und tibetische Angelegenheiten:

Wang Huapeng (Wu Hua-peng, 63, Mongolei)

Vorsitzender des Komitees für überseechinesische Angelegenheiten:

Zeng Guangshun (Tseng Kwang-shun, 64, Guangdong)

Generalsekretär:

Wang Zhaoming (Wang Chou-ming, 69, Fujian) -

*(28)

Unterschiedliche Reaktionen auf die Beteiligung an der ADB-Jahrestagung in Beijing

Zur Teilnahme an der 22. Jahrestagung der ADB (Asian Development Bank) hielt sich zum erstenmal seit 40 Jahren eine Regierungsdelegation aus Taiwan unter der Leitung der Finanzministerin Guo Wangrong (Shirley W.Y. Kuo) vom 1. bis 7. Mai eine Woche lang in Beijing auf. Die ADB ist zur Zeit die einzige internationale Organisation, in der beide chinesische Seiten vertreten sind. Aber im März 1986 hat die ADB, um die Aufnahme der VR China als neues Mitglied zu ermöglichen, den offiziellen Namen der Republik China (Taiwan) in "Taipei, China" umgeändert. Aus Protest war Taiwan zunächst zwei Jahre lang den Veranstaltungen der ADB ferngeblieben. Bei der Rückkehr zu der 21. Jahrestagung der ADB Ende April 1988 in Manila haben die Delegierten von Taiwan die Bezeichnung "Taipei, China" auf ihren Eintrittsausweisen mit einem weißen Zettel überklebt und neben das Delegationsschild "Taipei, China" auf dem Konferenztisch ein anderes Schild mit der Aufschrift "Under Protest" (Unter Protest) gestellt. Außerdem vermieden sie jeden Kontakt mit den Delegierten aus Beijing. Weil Beijing der Gastgeber der diesjährigen ADB-Jahrestagung war, erregte die Teilnahme von Taipei besondere Aufmerksamkeit.

Die Delegation ist über Tokyo nach Beijing geflogen. Sie wurde durch Vermittlung der ADB bei der Ein- und Ausreise von den Formalitäten der Visum- und Paßkontrolle befreit - beide chinesische Seiten wollen aufgrund eigenen Anspruchs auf die einzige legitime Regierung für Gesamtchina den Paß der Gegenseite nicht anerkennen. Abgesehen von Guo Wanrongs Rede auf der Sitzung vom 5. Mai, in der sie den Protest von Taipei gegen die Namensänderung wiederholte, hat die Delegation ohne weiteres unter dem Namen "Taipei, China" an jeder Veranstaltung der ADB in Beijing teilgenommen. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Anwesenheit der Delegation bei der Eröffnungsfeier.

Beim Auftreten des Staatspräsidenten Yang Shangkun und Spiel der Nationalhymne der VR China erhoben sich ebenso wie alle anderen Teilnehmer auch alle Delegierten aus Taiwan.

Diese Aktion hat eine große Debatte in der taiwanesischen Öffentlichkeit ausgelöst. Einerseits empfand man dies als eine Selbstdegradierung zu einer Lokalregierung, andererseits wurde es aber auch als Anerkennung Beijings als gleichberechtigte Regierung durch Taipei interpretiert - neulich sprach der Außenminister der Taipeier Regierung, Lian Zhan (Lien Chan), von einer "flexiblen Außenpolitik" mit dem Leitgedanken von "einem Staat, zwei gleichberechtigten Regierungen".

Innerhalb der Delegation hatte es von Anfang an schon große Meinungsverschiedenheiten um die Frage der Beteiligung an der Eröffnungszereemonie gegeben. Schließlich hat Guo Wanrong als Leiterin der Delegation, die von Taipei eine Entscheidungsvollmacht dazu bekommen hatte, die Beteiligung beschlossen. Sie erklärte, daß es dabei nur um die Teilnahme an der ADB-Veranstaltung, nicht aber um allgemeine Außenpolitik gehe.

Pressemeldungen zufolge hat die Führung in Taipei im April einen Monat lang über die einzelnen Schritte zur Beteiligung der ADB-Tagung in Beijing ausführlich diskutiert. Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) war deutlich gegen die Beteiligung an der Eröffnungsfeier. Zufällig oder nicht zufällig ist er nach der Rückkehr der Delegation von seinem Amt zurückgetreten.

Noch vor Rückkehr der Delegation sind 300 Fischer mit 19 Kuttern nach dem "ADB-Modell" von Nordtaiwan aus zu einer Pilgerfahrt zur Göttin für den Schutz der Navigation "Mazu" nach Fujian aufgebrochen, obwohl eine direkte Verkehrsverbindung zwischen beiden Ufern der Taiwan-Straße und eine Reise nach dem chinesischen Festland für Touristen von den taiwanesischen Behörden immer noch nicht erlaubt sind. (LHB und CP, 1.-12.5.89) -ni-

Hongkong und Macau

*(29)
Demonstrationen mehrerer Millionen Einwohner von Hongkong zur Unterstützung der Studentenbewegung in Beijing

In den beiden letzten Wochen des Mai gingen mehrere Millionen Einwohner der britischen Kolonie Hongkong auf

die Straße bzw. zu Massenversammlungen, um ihre Sympathie und Unterstützung für die demokratische Bewegung der chinesischen Studenten in Beijing zu zeigen. Am 17. Mai versammelten sich zuerst rd. 7.000 Studenten im Victoria-Park, dann marschierten sie zum Gebäude der *Xinhua*-Presseagentur, der wichtigsten amtlichen Repräsentation der VR China in Hongkong, und übergaben dort einen Brief mit 60.000 Unterschriften für ihre Unterstützung der Forderung der Studenten in Beijing nach mehr Demokratie. Gleichzeitig traten 13 Studenten am gleichen Ort in einen Hungerstreik. Drei Tage später, als die chinesische Regierung unter Li Peng am 20. Mai den Ausnahmezustand über Beijing verhängte und zur Unterdrückung der Studentenbewegung Truppen in die Hauptstadt sandte, demonstrierten über 40.000 Menschen aus allen Kreisen trotz des stürmischen Wetters vor der Presseagentur *Xinhua*. Am folgenden Tag, dem 21. Mai, nahmen über eine Million Bürger an einem gigantischen Demonstrationenzug durch die Stadt teil, der acht Stunden dauerte. Sie warnten die Regierung in Beijing davor, die Volksbefreiungsarmee zur Unterdrückung des eigenen Volkes einzusetzen.

Am 24. und 26. Mai gab es wieder eine Demonstration von über Zehntausenden von Bürgern und eine Kundgebung von 20.000 Jugendlichen gegen die Regierung Li Peng und für die Demokratie in China. Am 27. Mai fand ein 12stündiger Marathonchor unter dem Titel "Demokratischer Gesang für China" in der Stadt statt, an dem über 300 Künstler und 500.000 Bürger teilnahmen. Dabei wurde Geld in Höhe von über 13 Mio. HK\$ (umgerechnet rd. 1,7 Mio. US\$) zur Unterstützung der Studentenbewegung in Beijing gesammelt. Einen Tag darauf marschierten wieder rd. 1 1/2 Millionen Bürger von 14.00 bis 22.00 Uhr durch die Stadt, um bei der Aktion "Demonstration aller Chinesen auf der Welt für Demokratie" am 28. Mai teilzunehmen. (DGB, 19.-30.5.89)

Die Bevölkerung von Hongkong, die zur Zeit rd. 5,7 Millionen beträgt, hat in der Vergangenheit wenig politisches Interesse gezeigt. Die leidenschaftliche Unterstützung der demokratischen Bewegung der Studenten in Beijing ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die britische Kolonie in acht Jahren, 1997, an die VR China zurückgegeben werden soll. Es geht bei den Demonstrationen also auch um die eigene Zukunft. -ni-

*(30)

Neue Welle von Boots-Flüchtlingen nach Hongkong

Im Laufe des Berichtsmonats hat die Zahl vietnamesischer Flüchtlinge nach Hongkong drastisch zugenommen. Allein am 29. Mai sind 21 Boote mit 863 Flüchtlingen an Bord in der britischen Kolonie eingetroffen, ein Aufnahmerecord an einem Tag. Im ganzen Monat wurden 9.001 neue Boots-Flüchtlinge aufgenommen, 6.000 mehr als im Vormonat. Die Zahl in den ersten fünf Monaten d.J. betrug nach offiziellen Angaben 13.000. Zur Zeit leben über 43.000 Flüchtlinge in den Aufnahmelagern, rd. 7,6% der Bevölkerung. Der neue Flüchtlingsstrom macht den Behörden viel zu schaffen. Neue Lager müssen errichtet werden.

Im Juni des letzten Jahres wurde in Hongkong ein Prüfverfahren eingeführt, um bei neuen Ankömmlingen festzustellen, ob sie vor politischer Verfolgung geflohen sind. Die Wirtschaftsflüchtlinge werden aber nur aufgefordert, freiwillig in die Heimat zurückzukehren. Bis zur letzten Mai-Woche wurden aber erst 1.500 der 18.000 Betroffenen einer Ermittlung unterzogen und nur 136 von ihnen als politische Flüchtlinge anerkannt.

Der neue Zustrom von "Boat People" und das schleppende Verfahren mit der freiwilligen Rückkehr der Wirtschaftsflüchtlinge löste große Emotionen unter der chinesischen Bevölkerung aus, weil alle Flüchtlinge aus der VR China zur Rückkehr gezwungen wurden. Daher wurde London aufgefordert, auch Zwangsrepatriierung gegen die vietnamesischen "Boat People" einzuführen. Auch Beijing, das Hongkong 1997 zurücknehmen wird, drängte die britische Regierung, mit harten Maßnahmen das Problem schnell zu lösen. Es wurde vorgeschlagen, Hongkong nicht mehr als "erste Aufnahmestation" gelten zu lassen. Mitte Juni wird die UNO eine Konferenz über das Problem der indochinesischen Flüchtlinge in Genf einberufen. (DGB, 8.5.-1.6.89; IHT, 4.5.89; FEER, 25.5.89) -ni-